

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 25. Juni 2021

Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten:

1. Geringer Anteil an Filmförderung des Medienboard Berlin-Brandenburgs für Dokumentarfilme, wenige alternative Förderprogramme für Dokumentarfilme
→ Frage 1: Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, um Anteil und Vielfalt von Dokumentarfilmen in der Filmförderung zu erhöhen?

Berlin hat das Medienboard Berlin-Brandenburg mit der Filmförderung betraut. Politische Parteien können sich in der Diskussion um die Schwerpunkte der Filmförderung einbringen und ggf. Prioritäten deutlich machen. Gleichzeitig ist die Politik gut beraten, nicht den Programmdirektor des Kulturlebens geben zu wollen. Politik soll den Auftrag und seine Ziele formulieren, die Umsetzung aber den Trägern spezifischer Kompetenz anvertrauen. Die Opposition kann dabei Akzente und Impulse setzen, kritische Nachfragen im Rahmen ihrer parlamentarischen Kontrollrechte formulieren und Erklärungen einfordern. Vor diesem Hintergrund ist die FDP für Hinweise der jeweiligen Interessenträger, wie sie auch aus diesem Wahlprüfstein deutlich werden, offen und dankbar.

2. Optionen für andere Förderpraxis

→ Frage 2: Welche dieser Optionen erachten Sie für gangbar? Bitte erläutern Sie uns ggf. andere Optionen, falls Sie zu den genannten Wegen Alternativen sehen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Mai 2021 erklärt: „Der Kassensturz wird kommen!“ Dem stimmen Freie Demokraten aus Überzeugung zu. Damit steht verantwortungsbewusste Medien- und Kulturpolitik vor der Herausforderung, Substanz zu sichern und Prioritäten zu setzen, ohne kommende Generationen zu überfordern. Damit scheint aktuell nur die Umverteilung der Mittel innerhalb des Medienboards realistisch, soweit sich das mit Blick auf die Bewältigung der Pandemie und ihrer auch finanziellen Folgen aktuell zu Beginn der Haushaltsberatungen sagen lässt.

3. Stärkung von dokumentarischen Arbeiten jenseits von Marktzwängen

→Frage 3: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine Filmförderung zu gewährleisten, die Arbeitsweisen in der heutigen Dokumentarfilmlandschaft in unserer Region gerecht wird, z.B. das Zulassen eines ergebnisoffenen Arbeitens?

Alle staatlichen Ausgaben stehen unter dem Druck der öffentlichen Rechtfertigung in einem Gesamtbild gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen.

Die FDP tritt im Bereich ihrer Anstrengungen für (auch kulturelle) beste Bildung dafür ein, auf Lernplattformen qualitätszertifizierte Inhalte für den Unterricht in Präsenz und aus der Distanz zur Verfügung zu stellen. Hierfür bieten die eher dokumentarischen Arbeiten ein Potential an Lerninhalten, das möglicherweise Perspektiven für neue Aufträge bietet. Wir argumentieren für eine kritische (Selbst-)Evaluation der Inhalte des öffentlich-rechtlichen Angebots der Rundfunkanstalten, die die Grundversorgung stärker an den gesellschaftlichen Belangen ausrichtet und nicht als eine Kopie des privatfinanzierten Medienprogramms gestaltet. Vor diesem Hintergrund scheinen die Spielräume ergebnisoffenen Arbeitens limitiert. Die FDP ist aber dafür offen, neue Wege dazu ergebnisoffen zu diskutieren.

Zur Existenzsicherung von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften können, schlägt die FDP eine Reform des Transfersystems vor:

Das Liberale Bürgergeld soll alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenfassen und nach einer Erklärung zu den individuellen Einkommens- und Vermögensverhältnissen durch eine staatliche Stelle, zum Beispiel das Finanzamt, ausgezahlt werden. Alle Bürger erklären sich gegenüber dem Finanzamt. Wer nachweisbaren Bedarf hat, erhält zur Sicherung seiner Existenz eine pauschalierte Sozialleistung, das Bürgergeld. Wer Einkommen jenseits des gesetzlich geregelten Grundbedarfs hat, zahlt Steuern.

Das Liberale Bürgergeld setzt also eine Prüfung tatsächlicher Bedürftigkeit voraus und knüpft die Leistung an die Bereitschaft der Empfangenden, sich durch eine zumutbare (Gegen-)Leistung für die Solidarität und Unterstützung der Gemeinschaft der Einkommensteuerpflichtigen erkenntlich zeigen. Anders als die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens wollen Liberale nicht alle und sogar Vermögensmillionären alimentieren, sondern Bedürftigen fokussiert helfen. Mit diesem entbürokratisierten Modell der sozialen Verantwortungsübernahme muss eine Steuerreform einhergehen, die Ausnahmetatbestände zurückführt und ein Steuerrecht realisiert, das durch einfach nachvollziehbare Tarife und Regelungen für alle nachvollziehbar und transparent ist und so als gerecht akzeptiert wird.

Das Liberale Bürgergeld verschafft Menschen mit „gebrochenen“ Erwerbsbiographien, wie es Filmschaffende es mitunter sind, soziale Sicherheit ohne Anreize zur eigenen Leistung zu ersticken. Mehrarbeit wird beim Bezug von Sozialtransfer nicht sofort wegversteuert und so mehr Raum auch für private Vorsorge bleibt, wenn diese im Alter trotz prekärer Beschäftigung über dem Minimum an gesicherter Altersvorsorge liegen soll.

→ Frage 4: Wie kann durch niederschwellige Fördervoraussetzungen (z.B. kein Sender- oder Verleihzwang) die Produktion von dokumentarischen Formaten so gefördert werden, dass kulturelle Diversität, Meinungspluralität, sowie der demokratische Diskurs unterstützt werden?

Alles künstlerische Schaffen, jede mediale Botschaft lebt von der Rezeption und Resonanz im Zielpublikum. Die Entwicklung der Medienlandschaft und Nutzergewohnheiten legt zu den traditionellen Wegen zum Publikum neue (auch elektronische) und eher ungewöhnliche (Pop-up-)Foren der Präsentation nah. Die Auswahl des Angebots ist kuratiert und juriert besser zu gestalten als durch allzu detaillierte Vorgaben der Politik. Deshalb ist im Dialog mit den Programmverantwortlichen der öffentlich geförderten Medien darauf hinzuwirken, dass ihre Auswahl die Diversität der Sichtweisen der Realität in der pluralistischen Gesellschaft gerecht wird. Wo Steuermittel und Rundfunkbeiträge zum Einsatz kommen, muss neben den Inhalten auch die Verwertung diskutiert werden. Grundsätzlich gilt, was öffentlich gefördert wird, soll der Öffentlichkeit auch zugänglich gemacht werden. Open Access heißt hier, der Herausforderung gerecht zu werden, der Darbietung Wege zu erschließen, die den Interessenausgleich zwischen den Auftraggebern und Abnehmern von Dokumentarfilmen auf der einen Seite und dem Recht am geistigen Eigentum der Filmemacher auf der anderen Seite herbeiführen. Für Anregungen, wie vorhandene Förderrichtlinien fortentwickelt werden können, die hier hemmend wirken, ist die FDP offen.

→ Frage 5: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Förderung von alternativen Abspielmöglichkeiten neben der Kinoauswertung zu stärken, damit dokumentarische Werke von möglichst breiten Bevölkerungsschichten rezipiert und diskutiert werden können?

Wir werben hier für Offenheit für Kooperationen wie die Unterstützung der Privatwirtschaft (Sponsoring) und das angemessene Engagement öffentlich-rechtlicher Einrichtungen, wie es sich etwa von arte bis ZDF bei Festivals breitenwirksam bewährt hat.

4. Best Practice Beispiele in anderen Kunstsparten – Ideengeber für die Dokumentarfilmförderung?

→ Frage 6: Welche Möglichkeiten sehen Sie, aus dieser Best Practice Impulse für eine Förderung der Produktion und Verbreitung von Dokumentarfilmen zu ziehen?

Stipendien, aber auch prämierte Wettbewerbe können den Einstieg in den Markt erleichtern und befördern. Wir sind dafür offen, sie als ergänzendes Instrument der Dokumentarfilmförderung zu diskutieren. Über den Umfang des dafür erforderlichen finanziellen Rahmens wäre in Haushaltsberatungen bzw. bei der Diskussion um den schwerpunktmäßigen Einsatz von Rundfunkgebühren zu entscheiden. Die Politik kann hier und insbesondere auch mit Blick auf potenzielle Fördernde aus der Privatwirtschaft werbend vermitteln.

→ Frage 7: Wie können Erfolgskriterien entwickelt werden, die weniger auf finanziellen Erfolg des Einzelprojekts als auf die positive Auswirkung auf das vielfältige Dokumentarfilmschaffen insgesamt zielen?

Die Antwort auf diese Frage ist im Rechtfertigungsdruck öffentlicher Ausgaben entscheidend und wäre in einem geeigneten partizipativen Prozess mit allen Beteiligten (Verantwortlichen der Finanzierung, Kreation, Produktion, Vermarktung) zu klären. Gefragt ist dabei die Balance zwischen den tangierten Einzel- und Gruppeninteressen bei nachvollziehbaren sachlichen Parametern.

5. Transparente Fördervergabe

→ Frage 8: Inwiefern entspricht das Intendantenmodell ihrem Verständnis demokratischer Meinungsfindung?

Intendanten sind keine Alleinherrscher. Sie arbeiten dann erfolgreich, wenn sie das Vertrauen in die sachliche Unabhängigkeit ihrer Entscheidungen durch das Einvernehmen mit den mindestens mittelbar demokratisch legitimierten Aufsichtsgremien Ihrer Institution organisieren.

→ Frage 9: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Entscheidungsfindung transparenter zu gestalten?

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind gut beraten, sich der öffentlichen Diskussion um ihre Produktauswahl und Entscheidungsfindung selbst-, problem- und verantwortungsbewusst stellen. Die Politik kann hier ihrem Auftrag der politischen Willens- und Meinungsbildung entsprechend begleitend tätig werden und ihrem Kontrollauftrag gerecht werden, indem sie auf Transparenz hinwirken, soweit sie in den Aufsichtsgremien vertreten ist.

→ Frage 10: In der Vergangenheit verfügte das Medienboard über einen Fachbeirat, in dem auch die AG DOK vertreten war. Wie stehen Sie zu der Wiedereinführung eines solchen Beirates?

Keiner weiß mehr als alle gemeinsam. Vor diesem Hintergrund sind Liberale grundsätzlich immer an der Nutzung qualifizierter Expertise, die Politik selbst nicht bieten kann, interessiert. Ihre Institutionalisierung darf aber nicht dazu führen, dass sich mit der Beratung über den Rahmen auch die Verfügungsberechtigung über die

Mittel verbindet. Sie würde die Gefahr bergen, dass diejenigen, die im Beratungsgremien vertreten sind, gegenüber dort nicht berücksichtigten Playern im Vorteil sind. Der Eindruck, wer das Kreuz in der Hand hält, segne sich selbst zuerst, muss mit Blick auf den fairen Wettbewerb um die besten Ideen und gleiche Chancen vermieden werden.

Hier haben Modelle der kuratierten und jurierten, ggf. anonymisierten Förderauswahl klare Vorteile.

6. Rundfunk Berlin-Brandenburg rbb als Player in der hiesigen Förderlandschaft

→ Frage 11: Wie stehen Sie zu dieser Praxis, sollte sie zur Anwendung kommen?

Die Verfügbarkeit von geförderten Inhalten in Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender ist im Zusammenhang mit dem geänderten Konsumentenverhalten und der verstärkten Nutzung sendezeitunabhängiger (Streaming-)Dienste zu bewerten. Im Anschluss an die zu Frage 4 geschilderten Rechts- und Interessenabwägungen sind Lizenzfragen die im Sinne der Urheberinteressen der Filmschaffenden zu klären und ggf. abzugelten.

7. Klare Politische Zuständigkeit für Film und Medien

→ Frage 12: Wie stellen Sie sich eine optimale filmpolitische Zuständigkeitszuordnung vor?

→ Frage 13: Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um diese umzusetzen?

Zu Frage 12 und 13:

Medienpolitik ist in den Ländern in der Regel Zuständigkeit der jeweiligen Staats- und Senatskanzleien. Diese direkte Anbindung dort erleichtert die Abstimmung in einem föderalen System erheblich.

Mit jeder Wahl ergibt sich die Möglichkeit die Ressortzuschnitte und -verantwortlichkeiten nach übergeordneten politischen Gesichtspunkten zwischen den Vertretern der regierungsbildenden Koalitionsparteien zu vereinbaren. Anpassungen sind bei gemeinsam erkanntem Handlungsbedarf auch während der Amtszeit möglich. Für den Bereich der Filmförderung ist der Wunsch nach einer der mindestens federführenden Zuständigkeit in einem Ressort und damit vereinfachte Kommunikationswege verständlich. Die FDP tritt dafür ein, die Ausübung und Übernahme von Verantwortung transparent und nachvollziehbar zu strukturieren. Jede Neuordnung wäre dann in ihren Auswirkungen etwa auf Volumen und Zuschnitt der jeweiligen Haushaltsplanung zu prüfen und zu unterfüttern.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin